

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Umkreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16,50 M. (Postgebühren eingeschlossen).
Für den Auslandbezug monatlich 2,00 M., vierteljährlich 6,00 M., halbjährlich 11,50 M., jährlich 22,00 M. (Postgebühren eingeschlossen).
Einzelhefte 5 Pfennig.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Handels- und des Postamtes der Stadt Leipzig, des Amtsanwaltes Leipzig, sowie verschiedene andere Nachrichten.

Anzeigenpreis: für die erste Spalte 1.000 M., für die zweite Spalte 700 M., für die dritte Spalte 500 M., für die vierte Spalte 300 M., für die fünfte Spalte 200 M., für die sechste Spalte 150 M., für die siebente Spalte 100 M., für die achte Spalte 75 M., für die neunte Spalte 50 M., für die zehnte Spalte 35 M., für die elfte Spalte 25 M., für die zwölfte Spalte 15 M. (Postgebühren eingeschlossen).
Für den Auslandbezug monatlich 2,00 M., vierteljährlich 6,00 M., halbjährlich 11,50 M., jährlich 22,00 M. (Postgebühren eingeschlossen).
Einzelhefte 5 Pfennig.

Nr. 581.

Sonnabend, den 26. November

1921

Die englische Revisionsoffensive findet Unterstützung

Ermäßigung der Ententeschulden bei Annahme der amerikanischen Abrüstungsvorschläge
Plan einer Valutakonferenz in Washington

Förderung der Revisionsbestrebungen

Luzatti — Asquith — 2. Internationale

Der Zusammenhang zwischen der Abrüstungsfrage und dem Valuta- und Reparationsproblem zeichnet sich immer deutlicher ab. Aus Washington wird jetzt gemeldet, daß die Amerikaner eine neue Senation vorbereiten: die Kriegsschulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten sollen auf die Hälfte herabgesetzt werden, wenn die Delegationen dem Hughes'schen Abrüstungsplan ihre Zustimmung geben. Die zweite Konferenz, von der in Washington schon seit einer Woche in dankbaren Andeutungen gesprochen wird, soll tatsächlich stattfinden und sich mit allen durch die weltwirtschaftliche Entwicklung aufgeworfenen Fragen beschäftigen, um das Valutaproblem, von dem auch das amerikanische Wirtschaftswesen empfindlich berührt wird, zu lösen. Zu dieser zweiten Konferenz, die ebenfalls in Washington geplant ist, soll auch Deutschland eingeladen werden.

Die teilweise Streichung der alliierten Schulden in Amerika würde ohne Zweifel eine solche Entlastung der Verbandsmächte, namentlich auch Frankreichs, bedeuten, daß ein wesentliches Argument, das für die Reparationsforderungen geltend gemacht wurde, nämlich die schlechte Finanzlage der Ententemächte, sehr an Gewicht verlore. Hält man dazu die von englischer Seite bereits anerkannte Unerfüllbarkeit der Londoner Verpflichtungen, so scheint eine Verminderung der Reparationslast, die allein zu einer Stabilisierung der deutschen Währungsverhältnisse führen könnte, in den Bereich der Möglichkeit gerückt.

So weit gehen, wie man weiß, die Vorschläge der englischen Industrie für eine Revision der Reparationsbestimmungen noch nicht. Sie sehen keine Herabsetzung der deutschen Schuldverpflichtung vor, sondern nur eine andere Form ihrer Erfüllung. Aber die Erörterung dieser Dinge auf einer neuen Finanzkonferenz ist für Deutschland eine Gelegenheit, unter Berufung auf die bisherige Entwicklung die Notwendigkeit erheblicher Abstriche von der Reparationslast nachzuweisen. Daß man solchem Beginn gegenüber sich in Washington so ablehnend verhalten wird, wie früher, ist zwar möglich, aber nicht wahrscheinlich, da der Mißerfolg der Brüsseler Finanzkonferenz erwiesen hat, daß die Regelung internationaler Angelegenheiten über den Kopf der Hauptbeteiligten hinweg nicht möglich ist. Immerhin, das ist Zukunftsmusik, und hängt sie unseren Ohren auch angenehm, fürs erste müssen wir damit zufrieden sein, daß Kräfte am Werke sind, die unser Ziel, die Revision, auch auf ihre Fahne geschrieben haben. Ihnen gestellt sich nun auch der italienische Staatsminister Luzatti zu. Er schreibt in der Tribuna:

Die Verbände hätten durch die Belastung Deutschlands mit einer Entschädigung von 132 Milliarden Goldmark den Weltmarkt an den Zahlungsterminen einer unangehörigen Überlastung und Gefahr preisgegeben. Sollte Deutschland nicht durch Annahme rüchziger Kredite vernichtet und sollten die Verbände selbst durch das Verschwinden des deutschen Marktes nicht dauernd geschädigt werden, so werde nichts weiter übrig bleiben, als auf seinen (Luzatti's) Vorschlag von 1915 zurückzukommen und die Liquidation aller Kriegsschulden einem internationalen Kreditinstitut zu überlassen, wie sehr Frankreich sich auch dagegen sträube.

Inzwischen nimmt in England die Revisions-Offensive ihren Fortgang. Der Liberale Bund hat auf seiner Schlussung in New Castle eine Entschliebung gefaßt, in der es heißt, der Handel könne nicht wieder belebt werden, bevor der Friedensvertrag abgeändert, der Freihandel wieder hergestellt und mit den veränderlichen Regierungsausgaben ein Ende gemacht worden sei. Und auch Asquith, der beim Kriegsausbruch Premierminister war, tritt auf den Plan: In New Castle hat er erklärt, die Wiederherstellung Europas sei nur möglich, wenn drei Maßnahmen getroffen würden: 1. Revision des Versailler Vertrages, 2. Annulierung der alliierten Kriegsschulden und 3. Beseitigung der Zollschranken.

Das sind Stimmen, die in dieser Zeit der Weltnot nicht angehöret verhallen können und auch die zur Mitwirkung aufrufen, die zwar keine materielle, aber doch erhebliche moralische Nachhilfe in die Waagschale zu werfen haben: die Arbeiter, die an der Gestaltung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse mit am meisten interessiert sind. Für sie spricht heute die Exekutive der 2. Internationale, die am 22. und 23. d. M. in Brüssel einmütig folgende Entschliebungen gefaßt hat:

Die Exekutive ist der Ansicht, daß zwei Probleme die sofortige Aufmerksamkeit erfordern, die allgemeine Abrüstung und die Finanzlage der Welt. Die Washingtoner Konferenz wird die erste Frage in einer Weise behandeln, die völlig unzufriedenstellend für die internationale sozialistische Bewegung sein wird. Die Internationale muß darum jetzt mit größter Energie die völlige Abrüstung zur See, zu Lande und in der Luft fordern. Die Exekutive ist ferner der Ansicht, daß eine Konferenz der Arbeiter- und sozialistischen Parteien über die Finanzlage der Welt ohne Verzögerung abgehalten werden sollte. Die Exekutive weist alle parlamentarischen Fraktionen ansehts des Finanzlands der Welt darauf hin, daß der Völkerbundrat die Pflicht hat, der ersten Brüsseler Finanzkonferenz vom September 1920

eine zweite folgen zu lassen. Die Exekutive ersucht alle sozialistischen Fraktionen, in ihren Parlamenten auf das Zustandekommen einer internationalen Konferenz zur Lösung des Finanzproblems hinzuwirken.

Was das infolge seiner Machtlosigkeit zum Objekt der Weitzpolitik gewordene Deutschland trotz aller Gründe nicht zuwege bringen konnte, die Revision des Friedensvertrages und des darauf gegründeten Reparationsdiktrats, wird jetzt von Mächtigeren angestrebt. Und da es nicht aus Menschlichkeit oder Liebe zur Gerechtigkeit geschieht, sondern zur Wahrung der eigenen Interessen, ist zu hoffen, daß die Erwartungen, die sich darauf gründen, nicht völlig werden enttäuscht werden.

Stinnes wieder in Deutschland

Kreditaktion und Eisenbahn-Entlastung

Hugo Stinnes befindet sich wieder auf deutschem Boden. Er soll sich nach Mülheim begeben haben, wohn auch der gefürchtete sührende Vorsteher des Reichsverbandes der deutschen Industrie, dem Reichsverband der Eisenbahnen, zugehörig ist man in unterrichteten Kreisen der Überzeugung, daß der deutsche Industrie mit Lloyd George zwischen Sonnabend und Montag auf dessen Konflikt tatsächlich verhandelt habe.

Eine Versammlung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahn- und Postbeamten in Frankfurt hat eine Entschliebung angenommen, in der gegen die Entlastung der Reichseisenbahnen und der Post energisch Protest eingelegt wird. Die Gewerkschaften würden mit allen gewerkschaftlichen Mitteln jedweder Art kämpfen, daß die im Besitze des Staates befindlichen Großbetriebe, die in früherer Zeit eine erhebliche Einnahmequelle bildeten, jetzt der unbegrenzten Willkür einer profitgierigen Industriekaste ausgeliefert werden.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner Sitzung am 25. November erneut mit der Kreditaktion der Industrie und sollte nach längerer Erörterung einstimmig folgende Entschliebung: Der Reparationsausschuß spricht die Meinung dahin aus, daß die unverzügliche Durchführung der Kreditaktion auf Grund des Beschlusses der Vollversammlung des Reichswirtschaftsrates am 4. November eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist. Entschlossene Maßnahmen gegen die innere Defizitwirtschaft im Reich und besonders bei den Reichsverkehrsbetrieben sind daneben mit größter Beschleunigung in die Wege zu leiten. Dagegen lehnt der Reparationsausschuß die Verquickung dieser und anderer als Bedingung gestellten Forderungen mit der Frage der Kreditaktion ab.

Der hannoversche Courier, das führende Organ der Deutschen Volkspartei in der Provinz Hannover, hat an die Drohmeldung, wonach der Reichsverkehrsminister gegenüber der Forderung auf Entlastung der Eisenbahnen eine ablehnende Haltung einnimmt, folgende bezeichnende Bemerkung geknüpft: Schade! Bei der traurigen deutschen Finanzlage wäre die Ersparnis von 180 000 M. Gehalt für den Verkehrsminister auch nicht zu verachten gewesen. Oder sollte etwa...? Abgesehen von der böswilligen Verächtlichung, die in dieser Bemerkung liegt, ist also der hannoversche Courier der Meinung, daß die Eisenbahn der vertraulichen Schwerindustrie in die Hände gespielt werden soll.

Einladung Deutschlands zur Abrüstungs-Konferenz?

(Eigener Drahtbericht)

London, 26. November.

Ein Telegramm aus Washington meldet, daß auf Präsident Hardings Intervention Deutschland, Rußland und wahrscheinlich auch noch andere Nationen doch noch zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz eingeladen werden, bevor diese sich verlagert. Die auf der Konferenz vertretenen Mächte seien der Ansicht, Deutschland und Rußland sollten den von der Konferenz gefaßten Beschlüssen beitreten. Gleichzeitig wird gemeldet, daß Harding eine jährliche Wiederholung der Konferenz plant.

Briand über die Curzon-Rede

Paris, 26. November.

Nach einer Havas-Meldung aus New York soll Briand in dem Augenblick, als er gestern das Schiff betrat, in bezug auf die Rede Curzons erklärt haben, er sehe nicht ein, welches Interesse eine Diskussion zwischen den Alliierten gerade in dem Augenblick haben könne, wo sie in Washington verhandeln, den Weltfrieden sicherzustellen. Ja, er müsse zwischen ihnen selber Frieden bestreben. Er schenke Valour Glauben, der — wie auch andere Deputierte — anerkannte, daß die Lage Frankreichs in Europa außergewöhnlich sei und Vorkautionen regeln notwendig mache.

Die Besichtigungstour der J. A. S. A. durch Deutschland

Die Vertreter der Internationalen Arbeiterkonferenz sind auf ihrer Reise durch Deutschland in Hanau angekommen, wo sie die Wohnung-Werke besichtigen. Von Hanau aus werden sie über Erfurt nach Berlin ihre Fahrt fortsetzen.

Große und Kleine Entente

Von
Dr. Oskar Erényi

Während die Großmächte in Washington ihre grundsätzliche Übereinstimmung in den großen internationalen Richtlinien emphatisch betonen, aber im Praktischen aus den Bedingungen ihrer eigenen Struktur nicht gut heraus können, darf sich die in diesen Tagen zum Abschluß gekommene Konferenz der Nachfolgestaaten in Portorose einig, wenn auch nur geringfügiger praktischer Erfolge rühmen. So wurde ein vorläufiges Abkommen über durchlaufende Güterwagen von Staat zu Staat getroffen und somit der chronische Transportstau im Südosten wenigstens zum Teil abgehoben. Des ferneren wurde eine Verständigung auf postalischem Gebiete erzielt, die zu einer Herabsetzung der Postgebühren im nachbarschaftlichen Verkehr auf die Inlandszüge führen soll. Auch in zollpolitischer Hinsicht wurde manches Kühliche angeregt, — doch im Gesamtergebnis kann die Versammlung von Portorose nur als ein schätzbare Anfang gelten und steht stark hinter den Erwartungen zurück, die an diese Zusammenkunft im letzten Frühjahr geknüpft wurden.

Damals befand sich das südeuropäische Problem infolge des einmütigen und tatkräftigen Vorgehens der neu gegründeten Kleinen Entente, der sich Rumänien nach dem Habsburg-Vorstoß der Oesterreicher auch der Form nach angeschlossen hatte, und der sich Italien wohlwollend zu nähern schien, in einem mehr verheißenden Stadium. Inzwischen aber vollzog sich unversehens jene Interessenspaltung zwischen Italien und den tschechisch-slawischen Verbänden, die im Wettkampf um die westeuropäische Vermittlung und in jenen verschiedenen Methoden, mit denen man die Habsburger-Gefahr nach dem abermaligen Karl-Putsch haben und drücken zu befehlen suchte, ihren charakteristischen Ausdruck fand. Als ein zweites Trennungsmoment tritt immer scharfer ein Gegensatz in der auswärtigen Orientierung zwischen Prag und Bukarest zutage.

Nach Auflösung des jüngsten ungarischen Legationsabenteurers ist jenes gemeinsame Angriffsziel, das die Länder der Kleinen Entente miteinander verbunden hatte, hinwiegend geworden. Die Politik der Nachfolgestaaten ist nun jeder einzelnen Formel bar, und die politisch am meisten gewählten Regierungen der Herren Benesch und Jonescu rufen sich, als wenn vordem nichts geschehen wäre, zu neuem Raumgreifen.

Der tschechisch-slawische Ministerpräsident Benesch erwies sich von allem Anfang an ein fastlich gewandter Kopf, der sich vom blinden Gehorsam gegenüber dem Pariser Machtdiktat, das ihm die Rolle des Grenzwechslers an Deutschlands südöstlicher Grenze zugewiesen hatte, rechtzeitig loszusagen wußte, und der bei festem Pochen auf die grunddemokratische Richtung seiner Politik folgerichtiger als die Draufgänger der machtrischen Obligation oder die polnischen chauvinistischen Scharfmacher rein nationale Ziele verfolgte. Dieser Nationalismus, der vor rücksichtslosen Gewaltmaßnahmen gegen die nationalen Minderheiten nicht zurückschreckt, steht sich in der verhältnismäßig günstigen Einschätzung der tschechischen Währung auf den großen internationalen Märkten bestätigt. Herr Benesch verstand sich anlässlich der Confer Völkerbundsitzung mehr als der Vertreter irgendeines anderen Kleinstaates in den Vordergrund zu drängen. Das vor kurzem auf seine Anregung abgeschlossene tschechisch-polnische Wirtschaftsabkommen, obschon es weder in Prag noch in Warschau besonderen Sympathien begehrte, und obschon es fast im Zeitraum der für Deutschland so ungünstigen Oberschlesien-Entschliebung auf die Tagesordnung gesetzt, kein sonderliches Jartgefühl gegenüber der deutschen Geelenverfassung erweilt, deutet immerhin auf einen selbstbewußten Ausdehnungsdrang, der bis jetzt schon für den Fall der Wiedereinstellung Rußlands in die Weltwirtschaft Vorkehrungen der Selbstsicherung trifft. Der durch diese Wirtschaftskommission in deutschen Kreisen erregten Verstimmmung entgegenzuwirken, war der Hauptzweck jener großen Rede, die Benesch am 15. November in der Prager Nationalversammlung hielt. Sie stand mit ihrem nachdrücklichen Hinweis auf die Mannigfaltigkeit gegenseitiger Wirtschaftsverbindungen im Zeichen ausgesprochenen Deutschfreundschaft. Und doch geben gerade diese Ausführungen mehreren deutschen Abgeordneten zu einem heftigen Einspruch gegen die tschechische Nationalitätenunterdrückung willkommenen Anlaß.

Fast zur selben Zeit vernimmt man Äußerungen führender Bukarester Politiker über eine rumänisch-italienische Interessengemeinschaft, und der Plan einer rumänisch-ungarischen Personalunion taucht von neuem auf. Zwar wird diese Auffassung zuerst von Bukarester und dann von Budapestler Seite alsbald widerrufen. Doch gelang es keineswegs, überzeugend in Abrede zu stellen, daß wieder einmal — wie schon so oft im Laufe der beiden letzten Jahre — nach dieser Richtung vorgefaßt wurde, daß sich der rumänische Fürst Lantacuzone zu darauf bezüglichen Verhandlungen in Budapest aufhielt, und daß der vor einigen Tagen erfolgte Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen zum erheblichen Teil mit Erfahrungen zusammenhängt, die anlässlich dieser Besprechungen gewonnen worden sind. Für die ungarische Machtpolitik würde diese Lösung mehr bedeuten, als die erfüllte Triantambillionen einiger in Siebenbürgen begüterter großlicher